

## **PRESSEMITTEILUNG**

PRESSESPRECHER  
**Torsten Haase**

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Wirtschaftspolitik

### **TOP 28**

**Uwe Eichelberg:**

### **EU-Chemikalienverordnung muss Interessen der mittelständischen Unternehmen berücksichtigen**

Seit Jahren tobt ein schwerer Disput über den Entwurf der EU-Chemikalienrichtlinie zwischen der Wirtschaft und den Wirtschaftsverbänden mit der Politik auf Bundes- und Länderebene. Dennoch hat die Landesregierung es nicht für nötig gehalten, die Landespolitiker und Fachausschüsse des Landtages zu informieren.

Wieso wurde erst auf Bitten der CDU-Fraktion der umfassende Bericht vom Wirtschaftsministerium erstellt?  
Ihre Antwort interessiert.

Um es vorweg zu sagen, der Bericht der Mitarbeiter des Ministeriums ist sehr gut; nicht nur die Problemstellung wurde sehr gekonnt dargestellt, sondern auch die Schwächen und Änderungsnotwendigkeiten des EU-Richtlinienentwurfs wurden präzise herausgearbeitet.

Zunächst sahen wir den Bericht als Aussage der Regierung an, und wurden dann auf der Ausschusssitzung völlig überrascht von der total konträren Darstellung des Umweltministeriums und den Ausführungen des mitgebrachten Mitgliedes des Sachverständigenrates für Umweltfragen aus Berlin.

In öffentlicher Sitzung wurde nicht nur der Bericht des Wirtschaftsministeriums und die Vertreter der Wirtschaft schwer angegriffen, sondern die Herren zeigten ein sehr einseitiges, ideologisch verfremdetes Verständnis von Wirtschaftspolitik und globalem Wirtschaftszusammenhängen.

Wir fragen heute hier im Landtag vor allem die Regierungschefin Frau Simonis, die ja die Richtlinienkompetenz für die Regierung haben sollte, welche der Regierungsstellungen gelten nun?

Das Wirtschaftsministerium spricht von „Millionen von Erzeugnissen auf dem EG-Markt..., die Bestandteil von Erzeugnissen sind, die registriert werden müssen.“

Weiterhin steht im Bericht (ich zitiere):

1. „Insofern würde durch die Umsetzung der Chemikalienpolitik in der vorgeschlagenen Form ein Verlust von Arbeitsplätzen an europäischen Standorten nicht nur unmittelbar in der chemischen Industrie sondern auch bei anderen Schlüsselindustrien mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten sein.“
2. „Die Industrie und deren Verbände gehen davon aus, dass durch die hohen Kosten (des Registrierungsverfahrens) eine Vielzahl von Produkten vom Markt genommen werden müssen, gleichwohl sie für verschiedenste Verfahren und Prozesse benötigt und nicht substituiert werden können!“
3. „Die bestehenden Mängel sind entgegen der Auffassung der Bundesregierung erheblich und dürften die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie beeinträchtigen!“ (Trotz bereits erfolgten Nachbesserungen.)
4. „Dabei sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass manche Restriktionen die Unternehmen kumulativ belasten. Dies gilt z. B. für die chemische Industrie in Bezug auf Klimaschutz, Energieeinsparung, Emissionsminderungen, Anlageneignungsrecht, Emissionshandel und zugleich Anwendung des REACH-Systems“ Dazu hat der Autor noch die schleswig-holsteinischen Sonderabgaben im Hinblick auf die Verteuerung der Energie und die Oberflächenwasserabgabe vergessen!
5. Die Verschärfungen von REACH gefährden die Vereinbarungen von Lissabon, nach denen Europa zu der wirtschaftsstärksten Region der Welt aufgebaut werden sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen, in Nordrhein-Westfalen läuft ein Praxistest, der beweist (ich zitiere!):

„Die Mehrzahl dieser Unternehmen könne vor allem eine fachliche eine Stoff- und Risikobeurteilung in der nach REACH geforderten Detailtiefe und Umfang derzeit nicht gewährleisten.“

Meine Damen und Herren, da die Grünen sich anscheinend auch in der Bundesregierung durchzusetzen scheinen, ist es allerhöchste Zeit, dass Schleswig-Holstein nach einem Regierungswechsel einen klaren Kurs zum Schutz der Arbeitsplätze und Schlüsselindustrien unseres Landes fällt unter verantwortungsvoller und ausgewogener Berücksichtigung der Interessen von Natur und Verbrauchern.

Die Grünen gefährden die Zukunft der Menschen unseres Landes.